

## Berliner Erklärung der Familienunternehmen zur Krise des EURO

Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen. Die Politik trägt die Verantwortung, dass die mit Einführung des Euros beschlossene Obergrenze für die Staatsschulden nicht eingehalten wurde. Sie hat im vergangenen Jahr mit dem Grundsatz gebrochen, dass kein Land für die Schulden eines anderen Eurolandes einzustehen hat. Und sie hat schließlich mit ihrer Politik entscheidend dazu beigetragen, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit verloren hat.

Die Risiken, die auf den Haushalt Deutschlands zukommen, sind damit unabsehbar geworden. Der Bundestag muss daher handeln. Dazu fordern die Familienunternehmen ihn jetzt eindringlich auf. Die Währungsunion muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Austritt und Ausschluss müssen möglich werden. Die nationalen Parlamente müssen in Fragen der Euro-Politik ihre Befugnisse in stärkerem Umfang als bisher ausschöpfen.

Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, beobachten die Vorgänge im Euro-Raum mit größter Sorge. Ihr Denken und Handeln wird vom Leitmotiv der persönlichen Haftung bestimmt; Solidität, Stabilität und Nachhaltigkeit sind oberstes Gebot. Das hat sie zum tragenden Fundament der deutschen Wirtschaft gemacht. Die deutschen Familienunternehmen wissen, welche überragende Rolle dabei solide Staatsfinanzen und eine stabile Währung spielen.

Die auf Stabilität gerichteten Regeln des Vertrages von Maastricht und die darin vorgesehenen disziplinierenden Maßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen. Nur noch eine Minderheit der Euro-Länder hält die erlaubte Obergrenze bei der Neuverschuldung ein. Auch die im Vertrag von Lissabon festgelegte „Bail-out-Klausel“, die es verbietet zur Lösung der Zahlungsprobleme eines Landes das Geld der Steuerzahler eines anderen Landes heranzuziehen, wurde mit der Rettungsaktion für Griechenland im Ergebnis über Bord geworfen.

Die Währungsunion ist seither eine Transferunion. Mit weiteren, großzügig hoch-dotierten Rettungsschirmen für Irland und Portugal haben sich die Risiken nochmals drastisch erhöht und können weiter steigen. Die Sorge, dass durch die auferlegten Sparmaßnahmen die Konjunktur eher

behindert als befördert wird, ist berechtigt. Weil Sparen vor allem die schwächsten Bevölkerungsschichten trifft und Investitions- sowie Konsumneigung, Beschäftigung und damit auch mögliches Wachstum eher behindert, steigen die sozialen Spannungen in den betroffenen Ländern. Die jüngsten Unruhen zeugen davon.

Die Bundesrepublik trägt schon derzeit die weitaus größte Last der Euro-Krise. Aus dem Griechenland-Kreditpaket und der Garantie Deutschlands für die EFSF ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 141,4 Mrd. Euro. Wird der dauerhafte Euro-Rettungsschirm (ESM) implementiert, dann werden Deutschlands Garantien für die Euro-Rettung nach jetzigem Stand der Verhandlungen auf 190 Mrd. Euro ansteigen. Damit nimmt die Bundesrepublik Eventualverbindlichkeiten in Kauf, die gut einem Drittel aller jährlichen Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden entsprechen. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit aufgegeben hat. Auf Drängen der Politik finanziert sie nun in bisher nicht gekanntem Ausmaß Staatsschulden. Sie muss zudem für die Milliarden-Verluste der von ihr abhängigen einzelnen Notenbanken geradestehen.

Damit wurden alle Versprechen, die uns die Politik vor Eintritt in die Währungsunion gemacht hatte, gebrochen:

- dass die Einführung des EURO einen Stabilitäts- und Wachstumspakt darstellt,
- dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes einzustehen hat, und schließlich
- dass die Europäische Zentralbank allein der Stabilität verpflichtet ist.

Daher ist jetzt die Stunde des Parlaments gekommen. Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, der verantwortungslosen Schulden-Politik Deutschlands ein Ende zu setzen. Selbst der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, hat diese Politik der Rettungsschirme scharf kritisiert und die zur Begründung angeführte „Alternativlosigkeit“ zurückgewiesen.

Diese Berliner Erklärung wurde im Kontext der sogenannten WELT-Währungskonferenz verfasst, die die Stiftung Familienunternehmen gemeinsam mit der WELT-Gruppe am 27. Juni 2011 in Berlin ausrichtet.

Stiftung Familienunternehmen  
Prinzregentenstraße 50  
D-80538 München  
[info@familienunternehmen.de](mailto:info@familienunternehmen.de)  
<http://www.familienunternehmen.de>

**Die nachfolgend aufgeführten 100 Familienunternehmen haben sich für die "Berliner Erklärung" ausgesprochen:**

**Unternehmen**

ACO Severin Ahlmann GmbH & Co. KG  
AKG Autokühler GmbH & Co. KG  
Alberdingk Boley GmbH  
Aldra Fenster und Türen GmbH  
apetito AG  
Bäckerei Peter und Cornelia Dreißig KG  
Bauerfeind AG  
bbp GmbH  
Berner SE  
Binder GmbH  
Binder-Optik AG  
Borgers AG  
Börlind GmbH  
BPW Bergische Achsen KG  
Brandt Zwieback, Schokoladen GmbH & Co. KG  
Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG  
Buchverlage LangenMüller Herbig nymphenburger terra magica  
Carl Abt GmbH & Co. KG  
Conrad Electronic SE  
Coroplast Fritz Müller GmbH & Co. KG  
Dalli Werke GmbH & Co. KG  
Dentallaboratorien GmbH  
Deutsche Amphibolin-Werke von Robert-Murjahn Stiftung & Co. KG  
Dietrich Borggreve Zwieback- und Keksfabrik KG  
Dr. O. K. Wack Chemie GmbH  
EBE Elektro-Bau-Elemente GmbH  
ESTA Apparatebau GmbH & Co KG  
Ernst Nagel Beteiligungen GmbH & Co. KG  
Fleisch- und Wurstspezialitäten Rainer Wagner GmbH  
Franz-Leupoldt Verwaltungs GmbH & Co. KG  
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche Verwaltung

**Ort**

Büdelsdorf  
Hofgeismar  
Krefeld  
Meldorf  
Rheine  
Guben  
Zeulenroda  
Neustrelitz  
Künzelsau  
Tuttlingen  
Böblingen  
Bocholt  
Calw  
Wiehl  
Hagen  
Coburg  
München  
Ulm  
Hirschau  
Wuppertal  
Stolberg  
Herne  
Ober-Ramstadt  
Neuenhaus  
Ingolstadt  
Leinfelden-  
Echterdingen  
Senden  
Ulm  
Arnstadt  
Weissenstadt  
Öhringen

**Unternehmen**

Fürstenreform Dr. med. Hans Plümer Nachf. GmbH & Co. KG  
FÜRSTLICH CASTELL'SCHE BANK, CREDIT-CASSE  
Gauspohl Unternehmensgruppe  
Gebhardt Transport- und Lagersysteme GmbH  
Gebrüder Engelke Große Mühle GmbH & Co. KG  
GFT Technologies AG  
Goldbeck GmbH  
Graf von Schaesberg Vermögensverwaltung KG  
Gräfl. Neippergsche Hauptverwaltung  
Grieshaber Logistik AG  
groninger & co gmbh  
Haas GmbH & Co. Beteiligungs KG  
Hager SE  
Herrenknecht AG  
Hörmann Holding KG  
HOS Anlagen und Beteiligungen GmbH & Co.  
Hoyer GmbH  
Hübner GmbH  
Hymer AG  
J. D. Neuhaus GmbH & Co. KG  
Johannesbad AG  
Kathrein-Werke KG  
Kohl Medical AG  
Krämmel GmbH & Co. KG, Kommanditgesellschaft a.A.  
Krause-Biagosch GmbH  
Kuchenmeister GmbH  
Lechler Beteiligungs-GmbH  
Leipfinger Bader KG Ziegelwerke  
Lenbach Holding GmbH  
Leonhard Weiss GmbH Co. KG  
Lindner Group KG  
Mahlo GmbH & Co. KG  
Marquardt GmbH  
Natus GmbH & Co KG  
Oskar Frech GmbH & Co. KG

**Ort**

Braunschweig  
Nürnberg  
Dissen  
Cham  
Giesen  
Stuttgart  
Bielefeld  
Mönchengladbach  
Schwaigern  
Weingarten  
Crailsheim  
Falkenberg  
Blieskastel  
Schwanau  
Kirchseeon  
Wendlingen  
Hamburg  
Kassel  
Bad Waldsee  
Witten  
Bad Füssing  
Rosenheim  
Perl  
Wolfratshausen  
Bielefeld  
Soest  
Ludwigsburg  
Vatersdorf  
München  
Satteldorf  
Arnstorf  
Saal  
Rietheim-Weilheim  
Trier  
Schorndorf

**Unternehmen**

Peter Glindemann Kieswerke/Erdbau/Abbruchtechnik GmbH & Co KG  
Pfisterer Holding AG  
Phoenix Contact GmbH & Co.  
POCO-Domäne Holding GmbH  
Prinz Medien Holding  
Quarzwerte GmbH  
Raps GmbH & Co. KG  
Reifen Wagner I.S. Auto Service GmbH & Co. KG  
Schaeff Holding AG  
Schattdecor AG  
Schauenburg International Gruppe  
Schweizer Group Plattenhardt KG  
Siegle + Epple GmbH & Co.KG  
Stabernack Holding GmbH  
Steiff Beteiligungsgesellschaft mbH  
Südpack Verpackungen GmbH & Co. KG  
Tessner Gruppe  
Theo Wormland GmbH & Co. KG  
Trigema Inh. W. Grupp e.K.  
United Soft Media Verlag GmbH  
Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern  
Uzin Utz AG  
Vaude Sport GmbH & Co.KG  
von Bismarck'sche Schlossverwaltung  
von Finck'sche Familien-Gesellschaften  
Wemhöner Surface Technologies GmbH & Co. KG  
WESSLING Holding GmbH & Co. KG  
Westfalen AG  
Wilhelm Böllhoff GmbH & Co. KG  
Willy Bogner GmbH & Co. KG a.A.  
WIV Wein International GmbH  
WКУ Unternehmensgruppe  
Wolf GmbH & Co. KG

**Unternehmen****Ort**

Grevenkrug  
Stuttgart  
Blomberg  
Bergkamen-Rünthe  
Berlin  
Frechen  
Kulmbach  
Nürnberg  
Schwäbisch Hall  
Thansau  
Mühlheim  
Hattenhofen  
Stuttgart  
Lauterbach  
Giengen an der Brenz  
Ochsenhausen  
Goslar  
Hannover  
Burladingen  
München  
Sigmaringen  
Ulm  
Tett nang-  
Obereisenbach  
Döbbelin  
München  
Herford  
Altenberge  
Münster  
Bielefeld  
München  
Burg Layen  
Sprockhövel  
Schwandorf

**Ort**

Wuppermann AG  
Wurst-Basar Konrad Hinsemann GmbH  
Würth Gruppe

Leverkusen  
Ronnenberg  
Künzelsau